

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 83. Für unvorzählige eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreis: Das Auer Tageblatt kostet pro Jahr 12 Mark. Bei halbjährlicher Bestellung 6 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Der Auer Sonntagsblatt kostet pro Jahr 6 Mark. Bei halbjährlicher Bestellung 3 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Die Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung zu erlangen.

Bezugspreis: Das Auer Tageblatt kostet pro Jahr 12 Mark. Bei halbjährlicher Bestellung 6 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Der Auer Sonntagsblatt kostet pro Jahr 6 Mark. Bei halbjährlicher Bestellung 3 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Die Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung zu erlangen.

Nr. 243

Donnerstag, den 17. Oktober 1918

13. Jahrgang

Der bayrische Ministerpräsident gegen einen Unterwerfungsfrieden.

Eine bedeutende Rede des bayrischen Ministerpräsidenten.

Die Einleitungsworte.

In der gestrigen Eröffnungssitzung der außerordentlichen Tagung der bayrischen Kammer gab Ministerpräsident v. Dandl längere Erklärungen über die äußere und innere Lage ab. Er betonte dabei den Charakter des Kampfes als Verteidigungskrieg, aus dem die Waffenniederlage des Heeres und des deutschen Volkes unbestreitbar hervorgegangen sei, das Streben nach Frieden der Völker, nach Versöhnung im Geiste der Gerechtigkeit und nach einem dauernden Frieden, der aber nur eintreten könne, wenn uns keine entehrenden, die nationalen Lebensbedingungen verkümmern Bedingungen zugemutet würden. Er betonte ferner die Reichstreue Bayerns und das unverrückbare Festhalten an der bundesstaatlichen Verfassung des Reiches. Schließlich kündigte der Ministerpräsident einen Gesandtschaftswurf über die Neugestaltung der Reichskammer an und erklärte die Bereitwilligkeit der bayrischen Regierung, mit den Kammern zu erörtern, in welcher Weise unter Berücksichtigung der bayrischen Verhältnisse die Mitglieder der Volksvertretung zu den Regierungsgeschäften herangezogen werden können.

Das Friedensprogramm Wilsons.

Der Ministerpräsident führte weiter aus, niemand werde verkennen, daß das Friedensprogramm Wilsons für weite Kreise den Weg zeigt auf Wunsche und Hoffnungen bedeute, aber der entscheidende Gedanke müsse bleiben, daß das deutsche Volk in diesem Existenzkampf fast gegen die ganze Welt den Kampf führe, wonach wir auch allein unsere Kriegsziele bemessen dürfen. Diesen Verteidigungskampf aber habe Deutschland in Ehren bestanden. Noch ist es nicht entschieden, ob der von der Reichsleitung unternommene Schritt wirklich den Frieden bringen werde, der uns unser Leben läßt, denn nicht jeden Frieden werden wir annehmen. Ein Frieden, der uns als Volk zerstört, ist nicht zu wollen, der unser Zusammengehörigkeit und unseren wirtschaftlichen Bedingungen das Leben raube, wäre nicht zu ertragen, er müßte die letzten Kräfte zur Entscheidung wachrufen. Deutschland hat sich nunmehr auf den Boden des Programms Wilsons gestellt, aber in der Erwartung, daß die dort aufgestellten Grundsätze nach allen Seiten gerechte Anwendung finden werden. Unwürdige, demütigende Zumutungen wären mit diesen Grundsätzen nicht vereinbar. Die weitgehenden Zugeständnisse Deutschlands sind in der Erwartung gemacht, daß der Friede ein Friede der Völkerverständigung, getragen vom Geiste der Gerechtigkeit und ein dauernder Friede sein werde. Würden uns nun Bedingungen zugemutet, die in entehrender Weise unsere nationalen Lebensbedingungen zu verkümmern drohen, dann würde ein neuer Sturm der Entrüstung sich im ganzen Reich erheben. Das deutsche Volk und das deutsche Volk seien nicht so zermürbt, daß sie sich gegen eine Vergewaltigung nicht mehr zu wehren vermöchten. Die ganze Nation würde einig sein in dem Willen, das Vaterland vor Schande und vor Untergang bis zum äußersten zu verteidigen.

Bayern und das Reich.

Der Ministerpräsident kam dann auf das Verhältnis Bayerns zum Reich zu sprechen und betonte, daß Bayern mit voller Ueberzeugung dem Reich angehört. Manche unkluge Menschen müßten verschwinden vor der Größe des geschichtlichen Augenblicks. Der Ruf an unsere Reichstreue hat in Bayern immer Verständnis gefunden, was aber nicht hindern kann, die Wünsche zu bekämpfen. Bezüglich der Zentralisierung in Berlin seien, soweit möglich, wieder normale Wirtschaftsbeziehungen hergestellt und die bundesstaatliche Selbständigkeit auf allen Verwaltungsebenen zurückzuführen. Aber bei der Behandlung dieser Fragen sei Einigkeit und zielbewusste Besonnenheit das Gebot der Stunde. Der Ministerpräsident wandte sich dann gegen die Machenschaften, die Zweifel und Mißstimmung im Volke erregen, die öffentliche Meinung vergiften und das monarchische Gefühl zu untergraben suchen. Solche Machenschaften könnten nur dazu führen, Land und Volk ins Verderben zu führen. Gnade und Verzeihen ist nicht das Mittel, das uns vor dem Untergang bewahrt.

Höchste Pflicht jedes Staatsbürgers sei es, demütige Botschaft, Zwietracht im Lande zu säen, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Bei dem gesunden Geist des Volkes sei nicht zu befürchten, daß das monarchische Empfinden leicht, in der Stunde der Gefahr, wankend werde.

Die innerpolitischen Vorgänge.

Sodann besprach der Ministerpräsident die jüngsten innerpolitischen Vorgänge im Reich, betonte die nunmehr geschaffene Neuordnung, die sich der zielbewussten vertrauensvollen Mitarbeit der Bundesstaaten versichert halten könne unter der Voraussetzung, daß nichts geschieht, was dazu dienen könnte, den bundesstaatlichen Charakter des Reiches zu beeinträchtigen. Er wolle man aber auch, daß die aus dem Reichstag in die Regierung berufene Vertretung des deutschen Volkes der im Stammesbewußtsein wurzelnden Auffassung Rechnung trage, die ein geschlossenes, kraftvolles Auftreten nach außen unter zielbewusster Führung fordere, aber auch künftig die Berücksichtigung der Eigenart und Selbständigkeit der deutschen Stämme in inneren Angelegenheiten in dem durch die Reichsverfassung und Bundesverträge gewährleisteten Umfang gewahrt wissen will. Wir lassen nicht an den Grundfragen rütteln des vom Schöpfer kunstvoll gefügten Gebäudes, der bundesstaatlichen Verfassung, denn wir wollen und müssen das Reich erhalten, zu dem die Bundesstaaten treu stehen. Wir sind ein Volk, einig wollen wir handeln!

Der Reichstag und die Wilson-Note.

Die Stellungnahme der Reichstagsparteien zur neuen Note Wilsons ist in ihren Grundzügen bereits in den vorgestrigen Fraktionsitzungen festgelegt. Informationen lassen annehmen, daß die Mehrheitsparteien entschlossen sind, den Weg zu einer Verständigung zwischen der scharfen Forderung Wilsons und den nationalen Lebensinteressen zu suchen. Die Fraktionsberatungen werden fortgesetzt werden. Es kann jedoch als sicher angenommen werden, daß eine entgegenkommende Antwort auch diesmal nach Washington geht.

Ein Vertrauensvotum für den Reichskanzler.

Für die nächste Reichstagsitzung ist ein Antrag eingegangen, der dem Reichskanzler das Vertrauen ausspricht.

Die Bedingungen für den Waffenstillstand.

Der „Frankf. Ztg.“ wird berichtet: Der Berichterstatter des „Nieuwe Rotterdam. Cour.“ meldet aus London: Eine der Bedingungen der Militärentwürfe den Waffenstillstand werde sein, daß die Deutschen sich hinter den Rhein zurückziehen und die hauptsächlichsten Brückenköpfe des Rheins von den Alliierten besetzt werden. (11)

Die Wirkung der Wilsonnote im Reich.

In Hamburg herrscht allgemeine Entrüstung über Wilsons Note. Die Presse ist einstimmig in der Zurückweisung der Zumutungen des amerikanischen Präsidenten. Das Hamburger Fremdenblatt schreibt: Auf Gnade und Ungnade Deutschland dem Präsidenten zu unterwerfen, das war nicht die Meinung des deutschen Friedensangebots. Die gegenwärtige militärische Uebermacht der Feinde wird nicht bestritten.

Im sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ heißt es: Wollen die europäischen Westmächte die Beendigung des ungeheuerlichen Blutvergießens abhängig machen von der militärischen Lage, so tun sie das, was sie Deutschland vorwerfen. Sie setzen Macht vor Recht. Das deutsche Volk hat an seinem Teil getan, was an ihm war. Mögen nun die Völker auf der Gegenseite auch das Ihrige tun.

Der Hamburgische Korrespondent schreibt u. a.: Wilson kommt mit neuen Forderungen, da er uns seinen ersten Befehlen gegenüber gehorsam gesehen hat. Er will, daß wir den Reich der Erniedrigung bis zur Keige leeren sollen. Und nicht genug mit der Aufhebung der deutschen Volksteile gegeneinander, verheißt der Schlußsatz der Lansing-Note eine Sonderantwort an Oesterreich-Ungarn. Mit welcher anderen Tendenz kann und wird diese Note erfüllt sein, als mit der, den ermattenden Bundesgenossen von unserer Seite zu sprengen?

Stimmung des deutschen Arbeiter-Kongresses.

Der Ausschuß des deutschen Arbeiter-Kongresses, geleitet von Behrens, Stegerwald und Besch, erließ einen Aufruf, in dem es heißt:

„In schicksalsschwerer Stunde wenden wir uns an unsere Anhänger und Freunde an der Front und in der Heimat. Unendlich viel hängt jetzt von Eurem Verhalten ab. Das deutsche Volk bekommt in mehrfacher Hinsicht einen anderen Frieden, als es sich ihn vorstellte. Der Augenblick ist aber nicht geeignet, Schuldfragen aufzuwerfen, weil sie die verschiedenen Stände und Volksschichten entzweit würden. Die Stunde erfordert aber größtmögliche Geschlossenheit nach innen und außen. Ihr Streiter an der Front! Unsere Hoffnungen auf einen guten Ausgang der eingeleiteten Friedensbemühungen gründen sich auf Euren Heldennut. Wir gebeten Eurer beispiellosen Taten auf allen Schlachtfeldern. Auch danken wir, daß unsere Heimat Erde von der Verheerungen des Krieges verschont geblieben ist. In diesem schicksalsschweren Augenblick gilt es mehr denn je, die lebendige Mauer, die Ihr vier Jahre mit Euren Leibern gebildet habt, aufrecht zu erhalten, damit nicht die Feinde den heiligen Boden des Vaterlandes überfluten. Wir können nicht zulassen, daß noch in letzter Stunde die fürchterliche Schwere des Krieges über Heimat und Herd jermalmend hinweggehe. Ihr in der Heimat! Zahllos habt Ihr die größten Entbehrungen und Opfer auf Euch genommen. Wohin immer die Stunde der Not Euch rief, habt Ihr das Beste aufgegeben, um für unsere Kämpfer an der Front durch Eure Arbeit die starke Stütze zu sein. Mehr als je gilt es jetzt, nicht zu erlahmen, sondern bis zur Erlangung eines ehrenvollen Friedens mit doppelter Kraft einzustehen für Pflichterfüllung und Hingabe bis zum letzten Atemzug!“

Wahrscheinliche Hoffnungen.

Nach einem Londoner Reutersbericht erklärte der frühere serbische Ministerpräsident Pašić einem Vertreter der Reuters-Agentur, er halte einen nahen Frieden nicht für wahrscheinlich. Immerhin sei es möglich, daß er vor Weihnachten geschlossen werde. Es sei ganz sicher, daß Deutschland früher oder später die Bedingungen des Friedens annehmen müsse, und daß es sich die Schrecken eines neuen Winterfeldzuges ersparen könne, wenn es sofort sein Einverständnis mit allen Bedingungen Wilsons erkläre. Die Dynastie der Habsburger bestehe aus dem letzten Rest. Alle Völker des österreichischen Reiches seien entschlossen, sich vom Joch Oesterreichs zu befreien. Während Deutschland sich mit den Deutschen und Polen abtrete und sich in seine ethnographischen Grenzen zurückziehen müsse, werde Rumänien und Kroaten von der österreichischen Herrschaft befreit, um mit den Serben einen großserbischen Staat zu bilden. Die Rumänen in Oesterreich-Ungarn würden sich ihrem rumänischen Vaterland anschließen. Oesterreichisch-Polen wird zu Polen kommen. Die Tschechen werden ein unabhängiges Böhmen besitzen, und es werden der Dynastie der Habsburger nur einige deutsche und deutschfreundliche Oesterreicher verbleiben.

Luxemburg wandt sich an Wilson.

Die „Neue Basler Korrespondenz“ meldet aus Luxemburg: Die luxemburgische Abgeordnetenkammer und die Regierung haben bei Wilson das Ersuchen gestellt, zugunsten Luxemburgs einzuschreiten und die Räumung seines Gebietes durch die deutschen Truppen zu fordern.

Die öffentliche Meinung in England und Amerika.

Wie „Allgemeines Handelsblatt“ aus London berichtet, kam bereits jetzt gefagt werden, daß die Antwort des Präsidenten Wilson der allgemeinen Erwartung der englischen Presse entspricht und der Ausdruck der vorherrschenden Meinung aller Stände in Großbritannien und Amerika ist.

Friedenskundgebungen in Südfrankreich.

In Lyon, Marseille und anderen südfranzösischen Städten fanden am letzten Sonntag Friedenskundgebungen statt. In Lyon forderte der Präsident der Gewerkschaften zu einem vollständigen Sympathiestreik für nächsten Sonntag auf als Demonstration für einen Völkerverständigungsfrieden.

Die Einschränkung der militärischen Gewalt.

Das abgeänderte Gesetz über den Belagerungszustand. Der Reichsanzeiger veröffentlicht die nachstehende kaiserliche Verordnung:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen auf Grund des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 im Namen des Reiches was folgt: Die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 wird wie folgt geändert: 1) § 1 erhält folgenden Absatz 2: Der Obermilitärbefehlshaber kann Anordnungen mit verbindlicher Kraft für die Militärbefehlshaber erlassen. 2) Es wird folgender § 3 hinzugefügt: Der Obermilitärbefehlshaber trifft alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einverständnis mit dem Reichskanzler oder dem von diesem bestellten Vertreter.

Urkundlich unter unserer höchstselbsthändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insignel gegeben Großes Hauptquartier, 15. Oktober 1918.

Wilhelm. Max, Prinz von Baden.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht ferner eine an den Reichskanzler und den Kriegsminister gerichtete allerhöchste Order, in der bestimmt ist, daß die Militärbefehlshaber die Befugnisse, die ihnen auf Grund des in der Verordnung vom 31. Juli 1914 erklärten Kriegszustandes zustehen, nur im Einverständnis mit den von den Landeszentralbehörden bestimmten Verwaltungsbehörden ausüben dürfen. Kommt ein Einverständnis zwischen dem Militärbefehlshaber und der Verwaltungsbehörde nicht zustande, so ist unverzüglich die Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers einzuholen.

Mit der kaiserlichen Verordnung und dieser allerhöchsten Order ist die Grundlage geschaffen, daß alle auf Grund des Belagerungszustandes ergehenden Anordnungen der militärischen Befehlshaber nur in Übereinstimmung mit den zuständigen Zivilverwaltungsstellen ergehen können und daß sie letzten Endes unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt werden.

Die Abänderung des Artikels 11 der Verfassung.

Der Bundesrat hat, wie schon mitgeteilt, dem Gesetzentwurf zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung zugestimmt.

Abatz 2 des Artikels wird dahin geändert: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Räten erfolgt.“

Abatz 3 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: „Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages.“

Damit ist die volle Mitwirkung der Volksvertretung bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden gesichert.

Die Ereignisse in Oesterreich-Ungarn.

Ministerkrise.

Die dreifache innere Ministerkrise ist erloschen. Man findet keinen neuen Minister, und somit bleibt der alte. Freiherr v. Sussarek kann nicht demissionieren, weil kein Nachfolger aufzutreiben ist. Die Demission Wexleres wurde nicht angenommen, weil Blaschke, Ludwig Navay und Graf Apponyi abgelehnt haben.

„Az Est“ meldet: Graf Julius Andrássy wird sofort nach seiner Rückkehr aus der Schweiz zum Minister des Außenwärtigen ernannt werden.

Ein Anschlag auf den Grafen Tisza.

Aus Budapest wird von gestern gemeldet: Als Graf Tisza nach der Parlamentsitzung, in der es anlässlich der Rede des Grafen Karolyi zu überaus stürmischen Ausbrüchen kam, das Parlaments-Gebäude verließ, zog, wie das Budapest-„Nacht-Blatt“ meldet, ein junger Bursche, der ihn auf der Treppe erwartet hatte, einen Revolver und versuchte, auf den Grafen zu schießen. Ehe es ihm jedoch gelang, einen Schuß abzugeben, schlugen mehrere in der Nähe stehende Personen dem Burschen den Revolver aus der Hand und nahmen ihn fest. Der Attentäter wurde darauf der Polizei übergeben.

Die Unabhängigkeit Kroatiens.

Wie aus Ugram telegraphiert wird, hielt der slowakische Nationalrat die konstituierende Versammlung ab. Es wird mitgeteilt, daß sich der Vorschlag für den Nationalrat erklärt habe, der nicht nur die Unabhängigkeit Kroatiens proklamiert, sondern auch Ansprüche auf das ungarische Murgebiet und auf Glume erhebt. In Ugram herrscht völlige Ruhe. Es wurde die Parol ausgegeben, jede Straßensumgebung zu vermeiden.

Deutscher Volkstag in Troppan.

Vorgestern wurde ein von allen deutschen Parteien des Landes veranstalteter großer Volkstag in Troppan abgehalten, auf dem gegen die von den Tschechen verlangte Einverleibung Schlesiens in den tschechoslowakischen Staat nachdrücklich Verwahrung eingelegt wurde. Der Bürgermeister von Troppan begrüßte den Volkstag und wies dabei daraufhin, daß den Deutschen Schlesiens nichts anderes in dieser schweren Zeit übrig bleibe, als den Anschluß an das Deutsche Reich zu erstreben. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Einverleibung in den tschechoslowakischen Staat protestiert und die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für ein völlig selbständiges Deutsch-Oesterreich oder dem Anschluß an das Deutsche Reich Ausdruck gegeben wird.

Kleine politische Meldungen.

Der gestrige Abendbericht der Deutscher Zeitung lautet: Nordöstlich von Kofelara, am Galleschnitt bei Gouss, zwischen Wien und Maas und auf dem Hügel der Maas sind feindliche Angriffe gescheitert. Die von feindlichen Fliegergruppen angeführte Stadt Denat liegt unter dauerndem Feuer schwerer englischer Krümler. Der Feind beschloß gestern die von uns während des Krieges sorgsam gesicherte Wallfahrtsstätte von Bisse.

Durazzo von den Oesterreichern geräumt. Im Oesterreich-Ungar. Kriegsbericht über Albanien vom 15. Oktober heißt es: Das von uns geräumte Durazzo ist von den Italienern besetzt worden. Die Bewegungen in Albanien und Serbien gehen ohne nennenswerte Gefechtsberührung mit dem Gegner vor sich.

Rumänien und die Dobrußja. Auf eine Anfrage antwortete der rumänische Minister des Außenwärtigen, daß zwischen den Mittelmächten und Rumänien gegenwärtig Verhandlungen zur Lösung der Dobrußjafrage im Gange seien. Der Minister betonte, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn das größte Entgegenkommen für die rumänischen Wünsche zeigen.

Gandtschreiben des Kaisers an Herrn v. Berg. Der Kaiser hat an den aus dem Amte scheidenden Chef des Stabes Herrn v. Berg das folgende Gandtschreiben gerichtet: „Mein lieber Geheimrat v. Berg! Ich habe, Ihrem Ersuchen vom 8. d. M. entsprechend, durch meinen anderweitigen Erlass von heute Ihre Entsendung von dem Amte als mein Geheimrat abzurufen unter Verleihung in den Ruhestand verfügt. Es bewegt mich aber besonders schmerzhaft, Sie gerade jetzt aus Ihrer verantwortungsvollen und arbeitsreichen Stellung scheidend zu sehen und auf Ihre wertvollen Dienste verzichten zu müssen. Selten Sie indessen, mein lieber v. Berg, meiner Dankbarkeit und meines besonderen Wohlwollens allezeit verleiher! Als äußeres Zeichen meiner warmen Anerkennung für Ihre langjährigen, dem Staate, mir und meinem Hause geleisteten treuen Dienste verleihe ich Ihnen den beifolgenden Stern der Komture meines Unvollständigen Hausordens von Hohenzollern. Ich hoffe zuverlässlich, daß Sie zu gegebener Zeit Ihre bewährte Kraft wieder zur Verfügung Ihres Königs und des Vaterlandes stellen werden. Ihr wohlgenegter König und treuer Freund, gen. Wilhelm. Großes Hauptquartier, den 11. Okt. 1918.“

Zur Königswahl in Finnland. Der Berliner Korrespondent von „Helsingin Samomatti“ gibt an, aus sicherer Quelle erfahren zu haben, Prinz Friedrich Karl habe gelegentlich eines Besuches in Berlin geäußert, daß er die finnländische Krone unter keinen Umständen annehmen wolle, seinen Entschluß vielmehr von der Entscheidung der Reichsregierung abhängig machen werde. Die Thronbesteigung könne frühestens in zwei Jahren stattfinden. Bis dahin müsse eine Interimregierung eingeführt werden. Der Prinz hat hervorgehoben, daß er sich in keiner Weise für die Wahl aufzubringen wolle.

Freilassung Liebknechts? Wie aus Kreisen der Unabhängigen Sozialdemokraten gemeldet wird, soll die Entlassung des früheren Reichstagsabgeordneten Liebknecht aus seiner Strafe auf Grund der Amnestie besprochen werden. Liebknecht war bekanntlich wegen Aufruhrs usw. zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Freilassung Pilsudski. Das Mitglied des polnischen Regimentsrats, Pilsudski, erklärte Ausfragern, daß der Regimentsführer Oberst Pilsudski, der in Magdeburg interniert war, bereits freigelassen ist. Er wird noch in dieser Woche in Warschau eintreffen. Die Lage der Amerikaner in Deutschland. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Müller-Meltingen ist folgende Antwort erteilt worden: „Die deutsche Regierung ist mit Unterstützung der Schutzvereine für die deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten von Amerika unablässig bemüht, die Lage der dort lebenden Deutschen besser zu gestalten, diese vor unangeleglichen Angriffen gegen ihre Person und ihr Eigentum zu schützen und für solche Eingriffe Schritte herbeizuführen, auch den schuldlosen Opfern einer durch die Kriegselbstverschuldung hervorgerufenen Notlage nach Möglichkeit Hilfe anzubieten zu lassen. Die deutschen Delegierten, die an den in Bern stattfindenden deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Gefangenentausch teilnehmen, sind angewiesen worden, diese Verhandlungen im Rahmen des dafür aufgestellten Programms nach Kräften im Sinne der erwählten Gesichtspunkte zu führen und auf eine Entlassung wenigstens der nicht wehrfähigen Zivilgefangenen mit Einschluß derjenigen Deutschen, die zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, hinzuwirken.“

Irland der Prüftein für die Ehrlichkeit der Verbündeten. Nach der Londoner „Morningpost“ sagte der irische Abgeordnete Devlin in einer Versammlung in Ulster: Wie kann irgendein Mitglied der englischen Regierung die Behandlung der Belgier, Franzosen, Serben, Russen oder Amerikaner durch die Besatzungsmächte der Mittelmeerländer und gleichzeitig der militärischen Besetzung Irlands und einer Zwangspolitik für Irland zustimmen, welche die Verneinung jeder Volksherrschaft bedeutet? Ist es zu verwundern, daß die Rängler Deutschlands und Oesterreichs in der Behandlung Irlands die wirksamste Entgegnung auf die Schmähungen der Verbündeten finden? Irland ist tatsächlich der Prüftein für die Ehrlichkeit der Verbündeten.

Der der Aburteilung Callaux. Savoy meldet aus Paris: Der Ministerialrat erledigt eine Verfügung, durch die der Oberste Gerichtshof am 29. Oktober einberufen wird, um über Callaux, Bouastrot und Comby das Urteil zu fällen.

Neues Attentat auf Lenin. Der Sonderberichterstatter der „Republik“ in Moskau berichtet, daß in Kuznetsov ein neues Attentat auf Lenin verübt wurde. Der Täter ist der nachgelagte von Witeloff angeführte Registrator des Informationsbureaus der Sowjetpresse, Swanighi, der Lenin durch einen Revolveranschlag an der Schulter verwundet. Er wurde verhaftet.

Von Stadt und Land.

Aue, 17. Oktober.

Ein Gnadenerlass des Königs von Sachsen. In Uebereinstimmung mit den Gnadenerlassen des Kaisers und der übrigen deutschen Bundesfürsten hat jetzt auch der König von Sachsen einen Gnadenerlass für politische Straftaten herausgegeben. Der Erlass lautet: Wir, Friedrich August, von Gottes Gnaden König von Sachsen usw., haben uns entschlossen, Personen, die von sächsischen bürgerlichen Strafgerichten wegen politischer Verbrechen und Vergehen zu Strafen verurteilt sind, insbesondere wegen Straftaten aus Anlaß oder bei Gelegenheit von Streiks, Straßendemonstrationen, Lebensmittelunruhen und ähnlichen Ausschreitungen bestraft sind, in weitem Umfange zu begnadigen. Es ist unser Wille, daß uns entsprechende Vorschläge gemacht werden. Das Justizministerium hat das hiernach Erforderliche zu veranlassen. Gegeben zu Dresden, den 15. Oktober 1918. Friedrich August.

Ein allgemeiner Bettag in Sachsen. Das evangelische lutherische Landeskonfiterium hat für das Königreich Sachsen einen allgemeinen Bettag angeordnet, und zwar für den nächsten Sonntag, „an dem Gottes Schutz für unser Vaterland erlucht und das Gelübde erster Buße und auhaltender Treue bargebracht werden soll.“

Die fleischlosen Wochen. Das Kriegsernährungsamt in Berlin teilt folgendes mit: „Da das Ergebnis der letzten Viehzählung gezeigt hat, daß bei stärkeren Eingriffen in den Rindviehbestand, der bis auf weiteres die Last der Fleischversorgung nahezu allein zu tragen haben wird, Gefahr für unsere künftige Fleisch-, Milch- und Fettversorgung bestehen würde, bleibt größte Sparsamkeit im Fleischverbrauch geboten. Die fleischlosen Wochen sollen daher auch für die Monate November, Dezember und Januar auf beibehalten werden, doch ist mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage ihre Zahl auf drei, d. h. also je eine im Monat herabgesetzt worden. Sie entfallen auf die Wochen 18. bis 24. November, 16. bis 22. Dezember

und 6. bis 12. Januar. Für rechtzeitige Fleischabgabe für die Weihnachtsfeiertage soll gesorgt werden. Die Zulagen für Kranke und Schwerarbeiter werden auch in den fleischlosen Wochen weiter gewährt.“

Die Verhältnisse der Agl. Sch. Nr. 550 in Krefeld. Die Verhältnisse der Agl. Sch. Nr. 550 in Krefeld sind in unserer Geschäftsstelle eingesehen worden.

8. Von der Landwirtschaftlichen Schule in Aue. Die vom Landwirtschaftlichen Kreisverein im Erzgebirge ins Leben gerufene, unter Leitung des Herrn Oberlehrers Blant aus Annaberg stehende Landwirtschaftliche Winterchule in Aue wird nunmehr, wie wir hören, am Mittwoch den 23. Oktober morgens 8 Uhr ihren Unterricht beginnen. Am Tage vorher, am 22. Oktober vormittags 11 Uhr findet in der Turnhalle der zweiten Bürgerschule der offizielle Eröffnungskakt in Gegenwart von Vertretern der Amtshauptmannschaft, der Stadt Aue, des Landwirtschaftlichen Kreisvereins usw. statt. Der Unterricht wird in einem Klassenzimmer der zweiten Bürgerschule erteilt. Dortselbst befindet sich auch die Kanzlei des Schulleiters. Der Unterricht findet in zwei Halbjahreskursen (einer Unter- und einer Oberklasse) von Oktober bis April statt. Das Schulgeld beträgt 54 Mark für das Halbjahr. Als Lehrkräfte sind außer Herrn Oberlehrer Blant die Herren Direktor Zeidler, Lehrer Trinks und Kantor Semmler von der zweiten Bürgerschule tätig. Bis jetzt haben sich bereits 40, zum meist auswärtige Schüler, zum Besuche der Schule angemeldet, während derzeit nur 30 Schüler aufgenommen werden können.

Unsere Kriegsernährung. Auf Veranlassung des Kriegsernährungsamtes in Berlin und des Ministeriums des Innern wurde, wie schon mitgeteilt, am Dienstag Nachmittag im „Blauen Engel“ ein Vortrag über: „Die Grundlagen und Schwierigkeiten der Kriegsernährungswirtschaft und die ihr entgegenstehenden Bedenken“ gehalten, zu welchem der Bezirksverband der Bürgermeißler und Gemeindevorstände, sowie die Vertrauensmänner der Aufklärungsausschüsse eingeladen hatte. Die Versammlung war sehr gut besucht. An Stelle des Professors Dr. Böhm, der den Vortrag halten sollte, aber erkrankt war, war Hr. Dr. Staudinger vom Kriegsernährungsamt erschienen. Redner führte nach dem Berichte eines hiesigen Blattes u. a. aus, daß der Krieg, den wir heute im Lande mit Kleibern, Schuhen und vor allen Dingen mit dem Wagen zu führen haben, in den ersten zwei Jahren nicht so fühlbar gewesen sei, da wir im Inlande noch gewaltige Vorräte hatten und auch noch vom Auslande einen Teil beziehen konnten. Heute sei es anders; wir seien lediglich auf unsere eigene Produktion angewiesen. Das wolle in einem Staat, der sich vom Agrar zum Industriestaat entwickelt habe, viel bedeuten. In der Hauptsache fehlten uns Fette und Eiweißstoffe. Dafür mußte in der Kartoffel-Ernte gespart werden. Deshalb wurden die Kartoffeln in vermehrter Maße herangezogen und dadurch habe sich nicht nur die ganze Wirtschaftsverföhrung, sondern auch der ganze Wirtschaftsverteilungsplan verschoben. Früher hätten ganze Landestelle sich selber mit Kartoffeln versorgen können, heute muß der ganze Osten, dessen Kartoffeln eigentlich gar nicht für die menschliche Nahrung bestimmt seien, hinzugenommen werden. Der Schweine- und Rindviehbestand ließ sich ebenfalls nicht aufrecht erhalten. Was an Kartoffeln und Korn bisher verfrachtet wurde, wurde zur menschlichen Nahrung gebraucht. Der Schweinebestand wurde von 26,8 Millionen auf 5,7 Millionen reduziert. Als im vorigen Jahre die Brottration gekürzt werden mußte, hat man doppelte Fleischration gegeben. Das war ein großer Fehler. Anstatt 4,5 v. H. wurde der Viehbestand mit 9,88 v. H. angeschnitten. Dadurch geriet man in die Kapitalwirtschaft hinein. Um den Aufbau wieder zu gewährleisten, hat man die Rationen abgestuft für Großstädte, Mittel- und Kleinstädte. Aber auch dieses Mittel hat nicht ausgereicht und so mußte man die fleischlosen Wochen einführen. Die Wirkung der fleischlosen Wochen wird zwar durch die Schwarzschlachtungungen stark beeinträchtigt, durch Vürsührung der Viehfataster ist aber eine stärkere Kontrolle gewährleistet. Durch den Mangel an künstlichen Düngemitteln leidet auch der Boden an Unternahrung. Eine Mittelernnte im Kriege ist noch keine Friedensmittelernnte. Wir haben zwar eine Brotgetreide-Ernte, die 13,75 v. H. besser ist, wie im vorigen Jahre, davon müssen wir aber zurückerlegen für die Zeiten, wenn die Kartoffelernte sich bemerkbar machen wird, denn die Kartoffelernte ist 1/4 bis 1/2 schlechter wie im vorigen Jahre. Auf Zufuhren aus Holland ist nicht mehr zu rechnen. Dazu kommt, daß auch die Versorgung mit Fischen kaum nennenswert ist. In der Nordsee hindert die Minenfahr den Fischfang, die Ostsee liefert zu wenig, und auf die Versorgung von Schweden oder Norwegen aus ist ebenfalls kaum mehr zu rechnen. Redner kam dann weiter auf die Transporterleichterungen und auf die Samarterer zu sprechen, welche letztere ein sehr ernstes Problem der Bewirtschaftung bilden. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß wir im laufenden Wirtschaftsjahr äußerst sparsam umgehen müssen. Die Kartoffelration höher wie 7 Pfund herauszugeben, sei nicht möglich. Er bat zum Schluß um die tatkräftige Mitarbeit zur Bekämpfung des Schwarzhandels. Verbraucher und Erzeuger können in gleicher Weise mithelfen, wenn sie erst wissen, was von dem Schleichhandel für unser Volk an Vaterland abhängt. Dr. Amtshauptmann Dr. Wimmer dankte dem Redner für seine Ausführungen. Wenn dadurch die Maßnahmen der Regierung, die die Behörden verpflichteten durchzuführen, besser verstanden werden könnten, so sei dies ihm Dank und Verbilligung zugleich.

Er hat dann noch, die Behörden bei Bekämpfung der Gampferlei zu unterstützen. In schwungvollen Worten forderte dann Dr. Direktor Schmiedel noch zum Durchhalten auf.

Lebensmittel am Freitag: Gerstsuppe, Zwieback, Kindergerstenehl.

Bei einer Sauerkrautfabrik werden voraussichtlich mit der Deckung des Heeresbedarfes aus der Ernte 1918 während der ganzen Einschnidezeit voll beschäftigt sein. Gegenwärtig sind zwar größere Mengen von Weißkohl zum Einschniden an die Zivilbevölkerung verteilt worden, auf fernere erhebliche Zuteilungen kann aber nicht gerechnet werden. Jeder helfe sich deshalb selbst, indem er jetzt seinen Bedarf an Frischweißkohl bei dem reichlich vorhandenen Angebot deckt und so viel Sauerkraut einschnide, als er für den Winter und das nächste Frühjahr braucht. Wie das Einschniden und das Säuern von Weißkohl zweckmäßig geschieht, ist der Hausfrau bekannt.

Gewinne 5. Klasse Säch. Lotterie vom 16. Oktober.
Gewinne zu 1000 Mark: 135 1480 3656 3761 7319 8549 9887 9917 10347 13837 15229 16282 17387 18247 21498 22110 34608 34610 35343 42031 44426 44964 47735 51010 53146 54686 59294 70586 72709 84789 80869 81998 82939 84486 87946 96960 100606 100908 102071 103753 104453 105120 107973 109721.
Gewinne zu 2000 Mark: 3230 6222 21542 26495 33932 34834 45533 65813 67391 71484 73309 76923 77099 89080 97078 102490 106852. Gewinne zu 3000 Mark: 10247 17960 22746 48989 55032 62176 63712 86696 80906 81267 82400 82951 85814 92519 92527 93672 94171 96739 106880 107219. Gewinne zu 5000 Mark: 55706 66949 93619. 10000 Mark auf Nr. 109765 — In der heutigen 14. Ziehung fiel in die Lotterie-Einnahme von Otto Reistner hier auf Nr. 74520 ein Gewinn von 1000 Mark.

St. Neustädte!, 15. Oktober. Die Stadtverordneten bewilligten in der gestrigen öffentlichen Sitzung 18 811 Mark zur Bewährung von einmaligen Feuerungszulagen an städtische Lehrer, Beamte und Angestellte nach den Sätzen für Staatsbeamte. Die Stadtarbeiter erhalten einen Monatslohn einschließlich Feuerungszulagen als einmalige Feuerungszulage. Gewünscht wurde, daß die Stadt die Kartoffelarten vom Bahnhof ab besterzt, um den Bewohnern Kosten zu ersparen; es soll demgemäß verfahren werden.

Zwickau, 16. Oktober. Ein unbefriedigendes Ergebnis hatte die heutige Windelwoche: es gingen nur drei Zentner Wäsche usw. ein, womit der große Bedarf leider auch nicht annähernd gedeckt wird.

Hohndorf bei Richtenstein, 16. Oktober. Zum kaufmännischen Direktor des Steinohlenbauvereins Hohndorf (Selenen- und Jdaschacht) ist Prokurist Schulze aus Zwickau gewählt worden.

Rannersdorf bei Erdmannsdorf, 16. Oktober. Infolge Brandstiftung ist die neben dem Gathofe gelegene Uhlmannsche Holzschleiferei eingeschert worden. Hierbei fand auch die 72 Jahre alte Ehefrau des in dem Gebäude wohnenden Werkführers Kümmler den Tod. Da von dem Brandstifter die Tür zur Wohnung der Kümmler'schen Eheleute von außen versperrt worden war, sprang Frau Kümmler durchs Fenster; sie erlitt dadurch so schwere innere Verletzungen, daß sie bald darauf starb. Dem Besitzer der Fabrik, Hrn. Gemeindevorstand Uhlmann, ist durch das Feuer bedeutender Schaden entstanden.

Großenhain, 16. Oktober. Die Wohnungsnot ist hier so groß geworden, daß die städtische Turnhalle durch Bretterverschläge in kleinere Abteilungen zerlegt wurde, die von obdachlosen Familien bezogen wurden. In den durch Bretterverschläge hergestellten Gelassen sind Kochherde aufgestellt worden, während die Zentralheizung der Halle für die Räume benutzt wird.

Dresden, 16. Oktober. Wie das Dresdner Postamt mitteilt, wurden in einem weißen Briefumschlag ohne Aufschrift am 11. Oktober vormittags 184 000 Mark, in der Hauptsache aus Taubendruckmaschinen bestehend, auf dem Dresdner Hauptbahnhofe verloren. Der Verlustträger hat eine Belohnung von 15 Prozent für Wiederherbeschaffung des Betrages ausgesetzt.

Vermischtes.

Was Briefmarken kosten. Das Marken- und Ganzsachenhaus in Berlin veranstaltete vom 5. bis 10. ds. Mts. die 5. Kriegsversteigerung, auf der mehr als 3000 Marken versteigert wurden. Der höchste Preis wurde am Montag, 7. d. Mts. erzielt, und zwar wurden für ein Briefstück, das zwei seltene Bergedorfmarken enthielt, die versteigert gegen einander gedruckt waren, 34 450 M. bezahlt, das ist der höchste Preis, der bisher auf einer Briefmarkenversteigerung erreicht worden ist. (Bisher war der höchste Preis 7200 M. für eine Sachen 3-Markte). Am gleichen Nachmittage brachte eine badische Landpostportomarte zu 12 Kreuzer auf Briefstück 5830 M., während der Katalogpreis des Sächsischen Kataloges von 1918 für diese Marke 600 M. angibt. Eine bayerische Marke, 1 Mark ungezähnt, brachte 1425 M. (früherer Katalogpreis 250 Mark).

Ein Schwein 4000 Mark. Dieser Tage hatte in Schönebeck jemand Gelegenheit, ein Schwein zu kaufen, das 350 Pfund wog. Das Kaufgeschaf traf aber zu spät ein, ein Berliner hatte das Wortentier schon zu 4000 M. erstanden. Mehr kostete früher kaum ein ausgewachsener Elefant.

Kunst und Wissenschaft.

Dr. Josef von Karabacek. Die Wiener Weltliteratur und mit ihr zahlreiche Fachgenossen des In- und Auslandes beklagen den Tod des hervorragenden Orientalisten und ehemaligen Direktors der Wiener Hofbibliothek Prof. Dr. Josef v. Karabacek, der im Alter von 78 Jahren dahingewandert ist. Karabacek, der aus Prag gebürtig war, promovierte 1888 in Erlangen und habilitierte sich 1889 an der Wiener Universität für das Fach der arabischen Paläographie, in dem er es zur unbedingten Weltberühmtheit brachte. Seit 1874 wirkte er als Ordinarius der orientalischen Geschichte und ihrer Hilfswissenschaften an der Wiener Universität, deren Rektorat er auch einmal verwaltet hat.

Der heutige Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 17. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Kampffeld nahmen wir unsere Front in die Linie Stille von Torhout—Roostkamp—Ingelmünster im Anschluß hieran hinter die Dps zurück. Nach stärkstem Feuer auf das gedumpte Gelände, führte der Feind an unsere neuen Stellungen heran. Weidert's von Roostkamp griff er sie mit starken Kräften bei Torhout und Ingelmünster in Teilschüben an. Auch gegen die Ansfrent bei Kortryk und Renen führte er heftige Angriffe. Der Feind wurde überall abgewiesen. Gegen unsere neue Front zwischen Gille und Douai ist der Feind gefahren bis an Linie Copinghem—Aenes—Des Marais—Carvim—Orgnies gefolgt. Am Sella-Schnitt drang der Gegner bei Haussy in unsere Linie ein. Radfahrer-Batalione warfen den Feind im Gegenangriff zurück und nahmen die alte Stellung wieder. Die Beschießung der Stadt Denain durch englische Artillerie hält an und hat weitere Opfer unter den französischen Einwohnern und Flüchtlingen gefordert.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisnefront zeitweilige Artilleriekämpfe. Erneute Angriffe des Franzosen nördlich von Origny wurden abgewiesen. An der Aisne und an der Aire scheiterten starke französische Angriffe vor unseren neuen Linien westlich Grandpre.

Seeresgruppe von Gallwitz.

Nördlich der Aire wurden amerikanische Angriffe, deren Hauptziel sich bis gegen Champagneulle und Landres richtete, abgewiesen. Beide Orte wurden gehalten. Die Höhen südwestlich von Landres blieben nach wechselvollem Kampfe in Feindeshand. Auch auf dem Ostufer der Maas scheiterten erneute Angriffe des Feindes. Bei Abwehr westlich von Flabas mit Panzerwagen vordringenden Gegners zeichnete sich die 11. Landwehr-Division besonders aus.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Vor unserer neuen Front zwischen Jagobina und Risch hat der Feind die Linie westlich Morava Krusevac und Aleksina erreicht. Teilangriffe, die er auf dieser Linie herauf führte, wurden abgewiesen.

Der alte Generalkuartiermeister Ludendorff.

Staatssekretär Erber über die Kriegsanleihe:
Keine Regierung, kein Reichstag wird es jemals wagen dürfen, die Sicherheit der Kriegsanleihe anzutasten.

Erber

Letzte Drahtnachrichten.

Weitere Stimmen zu Wilsons Note.

Berlin, 17. Oktober. Die Nordd. Allgemeine Zeitung schreibt: Es ist nicht zu bezweifeln, daß Präsident Wilson und seine Partei in schwerem Kampfe gegen die populäre Richtung in Amerika stehen. Präsident Wilson hat durch seine erste Note gezeigt, daß er auch in der Friedensfrage entschlossen ist, seinen Willen durchzusetzen und sich zunächst nicht zu einem brutalen Zuschlagen der Friedensstär hinziehen zu lassen. Das bewies seine Note vom 8. Oktober. Dagegen scheint es unverkennbar, daß Wilson in seiner 2. Note an die deutsche Regierung es nötig befunden hat oder es für nötig befanden mußte, Stimmung weiter amerikanischer Kreise Rechnung zu tragen, die aus dem Uebermut eines in Vergrößerung gesehenen Sieges geboren ist. Ob sich Herr Wilson tatsächlich dieser Richtung hat beeinflussen lassen oder ob sie dauernd Ton und Inhalt der amerikanischen Politik beeinflussen wird, muß sich im weiteren Verlaufe des Friedensgespräches herausstellen.

Amsterdam, 16. Oktober. Nach einer Reutersmeldung aus London schreibt Daily Telegraph: Die Note Wilsons ist eine der zuträfflichsten diplomatischen Mitteilungen, die jemals veröffentlicht waren. Sie wird sich einst als entscheidender Schlag für das System, das diesen Krieg gemacht hat, herausstellen. Das ist der Tag der Rache, und die Worte des Präsidenten beweisen, daß das amerikanische Volk ebenso wenig vor der Aufgabe der Vergeltung zurückschrecken wird, wie die Engländer selbst. Wilson spricht zweifellos die Ansicht aller Demokraten aus. Morning Post schreibt: Wilson verdient die Dankbarkeit der zivilisierten Welt dafür, daß er die Lage rettete. Deutschland werde jetzt verstehen, daß die bedingungslose Uebereinstimmung ist und daß die Gewährung eines Waffenstillstandes noch keinerlei Versprechung für die Friedensbedingungen mit sich bringt. Times schreibt: Wir in England haben sehr hohe Ansprüche an die Antwort Wilsons gestellt, aber er hat sie befriedigt. Die Note macht allen Vorstellungen von einem erhandelten Frieden ein Ende.

Wien, 16. Okt. Die Wälder sprechen übereinstimmend die Ueberzeugung aus, daß die neuen Forderungen Wilsons Deutschland vor neuerliche, schwerwiegende Entschärfungen stellen und den Friedensweg in eine hindernisreiche Richtung bringen, ohne ihn aber vollkommen zu verstopfen. Die Mehrheit der Wälder führt aus, daß Wilson das deutsche Volk zu demütigen oder in einen Vergewaltigungskampf hineinzuzwingen versuche, weil er dadurch den von ihm versprochenen Frieden der Veröhnung und Verständigung, sowie einen dauernden Frieden unmöglich machen würde.

Dem englischen Unterhaus.

London, 16. Oktober. (Reuter.) Das Unterhaus ist nach den Ferien wieder zusammengetreten. Der Besuch war gut und es herrschte allgemein eine frohe Stimmung. Es wurden viele Fragen über die schlechte Behandlung britischer Kriegsgefangener durch die Deutschen und über Bergeltungsmassregeln gestellt. Caine erklärte, was die Türkei betreffe, so sei die bedingungslose Auslieferung der britischen Kriegsgefangenen die Voraussetzung für jeden Waffenstillstand. Was die Mittelmächte betreffe, so sei es nicht erwünscht, die Bedingungen, unter denen allein einem Waffenstillstand zugestimmt werden könnte, einzeln zur Sprache zu bringen. Man habe die Angelegenheit beständig im Auge gehabt und werde es auch in Zukunft tun. Donnan sagte in Beantwortung anderer Fragen, es sei nicht erwünscht, im jetzigen Augenblicke irgend eine Erklärung über die militärischen Operationen oder über Friedensmittelungen abzugeben.

Der Papst und der Frieden.

Berlin, 16. Oktober. Der Papst beruft angelehnt der jüngsten Friedensschritte das wiederholt vertagte Konfistorium für Dezember ein. Möglicht alle Kardinäle der ganzen Welt sollen daran teilnehmen.

Türkische Kundgebungen der „Unabhängigen“ in Berlin.

Berlin, 16. Oktober. Heute Nachmittag veranstalteten die unabhängigen Sozialdemokraten eine Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude. Zunächst hatten sich ungefähr 700 Personen eingefunden, die von der Polizei ohne Waffengewalt zerstreut wurden. Später gelang es einer größeren Anzahl von Kundgebenden, in die Straße unter den Linden einzudringen, wo sie von der Schutzmannschaft mit blanken Waffe auseinandergetrieben wurden. Im Ganzen fanden 3 Festnahmen statt.

Berlin, 16. Oktober. In einigen Fabriken Groß-Berlins, so schreibt der „Vorwärts“, sprechen manche Leute von einer Regierung Jaase-Debour (unabhängige Sozialdemokraten) als von einem kommenden Ereignis. Jaase und Debour sind für sie ungefähr die deutsche Uebersetzung von Trotzki und Lenin. Die Regierung Jaase-Debour soll die Natur des Proletariats verkörpern, die auf der Herrschaft der Arbeiterräte begründet sein soll. Wenn die Phantasien das russische Vorbild kennen würden, dann würden wahrscheinlich auch sie nicht glauben, auf diesem Wege etwas für das zukünftige Glück des Volkes erreichen zu können. Ob der Bolschewismus je dazu kommen wird, das russische Volk glücklich zu machen, ist noch sehr die Frage. Wir appellieren an die Einsicht und an das Gewissen der Genossen, die in Jahrgedanten des Klassenkampfes geküßt sind. Trübsalstrieche machen wir nicht mit.

Die polnische Demission gegen polnische Kampanen.

Posen, 16. Oktober. Folgende Kundgebung ist von allen politischen deutschen Parteien, von allen wirtschaftlichen und konfessionellen deutschen Organisationen und vielen deutschen Vereinen der Provinz Posen beschlossen und der Reichsleitung sowie den Fraktionen des Reichstags telegraphisch übermitteln worden: „In einem Aufruf verlangen die Polen unter Berufung auf das Friedensangebot der deutschen Regierung und unter unrichtiger und unvollständiger Wiedergabe der Wilsonschen Note die Abtretung der ehemals polnischen Landesteile von Preußen und ihre Vereinigung mit dem neu zu gründenden polnischen Staate. Wir Deutsche in der Provinz Posen weisen diese unberechtigten Ansprüche zurück, die in den Wilsonschen Bedingungen keine Stütze finden. Mehr als 800 000 Deutsche wohnen in der Provinz Posen, in allen Kreisen sind Deutsche in großer Zahl. Sie haben hier ihre Heimat, sie besitzen mehr als die Hälfte des Grund und Bodens und des Häuserwertes in der Provinz Posen; die meisten Industrien und der größte Teil des Handels sind in ihren Händen; unermesslich sind die ideellen Werte, welche die deutsche Arbeit, Kultur und Wissenschaft geschaffen haben; fast alle Städte sind Jahrhunderte alte deutsche Gründungen. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß allen Maßnahmen und Entscheidungen entgegengetreten wird, die darauf hinstellen, die Provinz Posen vom deutschen Vaterlande loszureißen.“

Amnestie oder Ehrenhaftigkeit in Russland?

Moskau, 16. Oktober. Uro Moskow meldet, daß die Frage der Amnestie eine Spaltung in Sowjetkreisen hervorgerufen hat. Ein Teil befürwortet die Abschwächung der terroristischen Tätigkeit, die Verbesserung mit der Intelligenz und eine Amnestie, wodurch einflussreichere Mitglieder mit Rücksicht auf den Zusammenschluß der reaktionären Kreise gegen die Rätegewalt in diesem kritischen Zeitpunkt gegen eine Amnestie sich aussprechen. Wetscher Moskow meldet die Verhaftung hervorragender Arbeitermitglieder der Sozialdemokratie der genannten Stadt und des Uralgebietes.

Berlin, 16. Oktober. Wie die russische Botschaft mitteilt, ist die Meldung eines belgischer Blattes, wonach auf Lenin in Kurl ein Anschlag verübt wurde, vollständig unbegründet. Die russische Botschaft weist darauf hin, daß eine im Wortlaut aber einstimme Meldung vor einigen Wochen von verschiedenen Zeitungen gebracht wurde, wonach in derselben Stadt angeblich ein Anschlag auf Trotzki verübt worden sei. (Siehe auch „N. Pol. W.“ im heutigen Nummer. D. Stb.)

Die selbständige Ukraine.

Kiew, 13. Oktober. Nach einer Meldung von Alexander Wibel erklärte der Ministerpräsident Aljosch Wrofschewski, der Ministeramt erwarbe, daß die Ukraine als selbständiger Staat auf der Friedenskonferenz vertreten sein wird, da nicht nur die Zentralmächte, sondern auch Neutralmächte die Ukraine anerkannt haben. Die Ukraine unterliegt nicht der Besatzung, da sie nicht okkupiertes Gebiet sei.

Die finanziellen und wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten der Kriegsanleihestücke.

Die deutsche Kriegsanleihe wird nach dem Kriege nicht wie die früheren Reichs- und Staatsanleihen ein Papier sein, das durchweg ruhig im Geldschrank aufbewahrt und nur bei den fälligen Einzahlungen herausgeholt wird, um die fälligen Binscheine in Bargeld umzuwandeln — es wird vielmehr, da ein wesentlicher Bestandteil des deutschen Volkvermögens in deutschen Kriegsanleihen festgelegt ist, gewissermaßen eine Art Geldumlaufmittel darstellen, das seine guten Dienste wie jedes andere Geld auch tut. Da ist zunächst die Bestimmung, die zugleich — namentlich für die ländlichen Schichten — einen besonderen Anreiz zur Zeichnung auf die neunte Kriegsanleihe ausüben dürfte, daß nämlich bei den späteren Verkäufen und Versteigerungen aus den Beständen der Heeres- und Marineverwaltung die Kriegsanleihestücke zum Nennwert in Zahlung genommen werden und daß solche Käufer vorzugsweise berücksichtigt werden, die damit zahlen. Eine kurze Uebersicht sagt, welche Vorteile demnach mit dem Besitz der Kriegsanleihe verknüpft sind.

Für das erste ist der Kreis der späterhin und zum Teil auch schon jetzt freiverwendenden Heeresbestände, die für Kriegszwecke nicht mehr gebraucht werden, ganz ungeheuer groß. Außerdem gehört darunter manches, was von anderer Seite kaum oder nur unter ganz erheblichen höheren Kosten zu beschaffen sein wird, also insbesondere Pferde, Wagen und Fahrzeuge aller Art sowie Geschirre mit allem Zubehör; Feldbahngeräte, Motorlokomotiven, Automobile und Kraftfahrzeuge; landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, sowie Werkzeug; Fabrikeinrichtungen mit den zugehörigen Maschinen und Geräten; Eisen, Stahl und andere Metalle; Holz und sonstiges Baumaterial, Webstoffe und Rohstoffe von allen Sorten, Futtermittel und sonstige Vorräte — al-

les Dinge, die der Landwirt, Gewerbetreibende und Unternehmer jetzt und später so dringend braucht.

Es wird also bei den staatlichen Verkäufen vorzugsweise derjenige berücksichtigt, der Kriegsanleihe an Zahlungsstatt geben kann, und er erzielt dazu sofort einen greifbaren Gewinn, weil er die Differenz zwischen Nennwert und Ausgabekurs zu seinen Gunsten verrechnen lassen darf. Bei allen Verkäufen und Zuschlägen werden Kriegsanleihestücke bis zur vollen Höhe des Kaufs- und Zuschlagspreises in Zahlung genommen. Als Kriegsanleihe in diesem Sinne gelten sämtliche fünfprozentigen Schuldverschreibungen des Reiches ohne Unterschied sowie die seit der sechsten Anleihe ausgegebenen 4½-prozentigen auslosbaren Schatzanweisungen.

Da der Andrang von Kaufangeboten und -Gesuchen auf frei werdende Heeresbestände, wie zu erwarten, überaus groß sein wird, so dürfte es außerhalb jeden Zweifels sein, daß nur die Inhaber von Kriegsanleihestücken für den Bezug der überzähligen Heeresmaterialien in Frage kommen.

liegt in diesen Fällen das Erforderliche des Kriegsanleihebestandes vor, so wird in zahllosen andern das Verwenden der Kriegsanleihe an Zahlungsstatt gern gesehen und von Vorteil sein. So wird beim Kauf und Verkauf von landwirtschaftlichen Grundstücken und von Häusern, besonders in solchen Fällen, bei denen sich der Vorbesitzer zur Ruhe setzen will, die Kriegsanleihe wohl durchweg als gern gezeichnetes Zahlungsmittel angenommen, da kein Papier eine solche Sicherheit bietet und da auf diese Weise die Schwierigkeiten der Unterbringung des Rentenkapitals vermieden werden. Es ist ferner mit Sicherheit anzunehmen, daß die deutschen Kriegsanleihen nach Kriegsbeendigung an der Börse ein gern gehandeltes Papier darstellen, da das Reich bekanntlich alle Vorkehrungen trifft, die einen Rückgang des Kurses zur Unmöglichkeit machen und die daher auch im Auslande die Nachfrage nach den deutschen Anleihen herberrufen werden. Unter diesen Umständen, die als gegeben angenommen werden dürfen,

wird auch im sonstigen geschäftlichen Verkehr das Kriegsanleihestück jedermann zu einem normalen Kurse gern in Zahlung genommen.

So sind alle Vermögensformen vorhanden, daß die Kriegsanleihe nicht nur die beste und zugleich eine hochverzinsliche Geldanlage ist, daß ferner ihr Kurs gesichert ist, sondern daß auch ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Verwertung im täglichen Leben ein breiter Spielraum eingeräumt sein wird. So bietet heute die Zeichnung auf die neunte Kriegsanleihe in vielen Fällen greifbare Vorteile, in allen andern aber ist und bleibt sie die beste und sicherste Geldanlage, die später jedermann die Möglichkeit bietet, Bargeld ohne Verlust dafür wiederzuerhalten.

Patentschau.

Aus den amtlichen Veröffentlichungen zusammengestellt vom Patentbüro O. Krüger & Co., Dresden, Schloßstr. 2.

Gehler & Weiskopf, Cottendorf: Springformen. (Gm.) — Gemischel & Bartemeier, Eiterlein: Kartoffeln, Obst-, Gemüse- und dergl. Presse für den Hausgebrauch. (Gm.) — S. May Scherf, Ansprung: Flaschen- und Vorratsschrank mit auswechselbaren Zwischenböden. (Gm.) — Johs. Wolf, Tannenbergl: Aus schräg zur Radachse gerichteten Leitern bestehende Gleitschuhschuhvorrichtung für eisenerkiste Räder. (Gm.)

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. — Druck und Verlag: Auer-Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H.

Amtliche Bekanntmachungen.

Der Herr Bezirksarzt Dr. Hornikel in Schwarzenberg hat seine bezirksärztliche Tätigkeit im Veterinärbezirk Schwarzenberg wieder aufgenommen. Hierdurch erledigt sich dessen Stellvertretung durch Herrn Bezirksarzt Dr. Pelz in Stolberg.

Schwarzenberg, am 15. Oktober 1918.

Die königliche Amtshauptmannschaft

Erzgebirgische Bank E. G. m. b. H. Schneeberg-Neustädtel · Hartenstein · Lauter i. Sa. Zeichnungsstelle für die 9. Kriegsanleihe.

Hart und schwer traf uns die tieferschütternde, fast ungläubliche Nachricht, daß mein herzenguter Oatte, der liebevolle Vater seiner beiden Kinder, mein lieber Sohn, unser lieber Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

Walter Frank

Vizefeldwebel in einem Res.-Inf.-Regt., Inh. des E. K. II. Kl., F.-A.-M. I. S., St. H.-M. I. S., H. M. E. M., Ehrenkr. m. Schw., Verw.-Abz. nach über vierjährig. langem Ringen in vorderster Linie am 26. Sept. durch Gewehrgranate schwer verwundet wurde und am andern Tage in einem Feldlazarett verstorben ist.

In tiefstem Schmerz
Martha Frank geb. Reinheckel nebst Kindern
und allen Hinterbliebenen.

AUE, am 17. Oktober 1918.

Gute Nacht! Du vielgeliebtes Herz, Du hast nun Ruh und wir den Schmerz.

NACHRUUF!

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß wurde mein Expedient

Herr Paul Erich Eckstein

im blühenden Alter von 20 Jahren in die Ewigkeit abgerufen.

Seine Treue und sein gewissenhaftes Arbeiten sichern ihm ein dankbares Gedenken.

Er ruhe in Frieden!

AUE i. Erzgeb., den 17. Okt. 1918.

Carl Hoffmann, Maschinenfabrik.

Die erste Ladung prima

Speisekartoffeln

zum Einkellern ist heute eingetroffen.

Die Kartoffeln können am Bahnhof abgeholt werden. 1 Zentner kostet 8,50 Mk. Aufträge dafür sind heute in meinem Geschäft zu entnehmen. Weitere Anmeldungen auf die folgenden Ladungen werden unter Vorlegung der Sandeskartoffelkarte angenommen.

Willy Möser.

Berechtigtes amtliche Handelsaufstell für Kriegszwecke.

2 Pfg. zahlen für ein Gramm Wirtshaus (ausgekämmte Frauenhaare)

Stern & Gauger, Perückenfabrik- und Haargroßhandlung, Aue, Wettinerstraße 48, nur am Wettinerplatz.

Schnelle u. zuverläss. Erwirkg. v.

PATENT. Muster-Schutz

u. Warenzeichen. Seit 1901 bekannt u. amptl. Berechtigung u. Ausübung gesetzlich geschützt. Patentbüro Krueger, Dresden-A., Schloßstraße 2.

VERWERTUNG

Kopfhhaarwasser

in großer Auswahl empfiehlt preiswert Stern & Gauger, Kppte- u. Perückenfabrik, Aue Wettinerstr. 48 am Wettinerplatz

Berechtigtes amtliche Handelsaufstell für Kriegszwecke.

Schlafstille

mit Wirtshaus ab 22. 10. gewährt. Angebote unt. N. Z. 4800 an das Auer Tagebl. erbeten.

Herrenwäsche

mitte gemacht u. mit gut. Stärke steif geplättet in der Wasch- und Ausbleichanstalt H. Thonfeld (Inh. H. Schmiedel), Zwickau.

Annahmestelle für Aue und Umgebung bei Franz Härtel, E.-Papli-Str. 33.

Selbständiger Bädergehilfe

wird für einige Tage gesucht. Aue, Markt 14.

Erdarbeiter

nach Löhnh sucht Ernst Groß, Tiefbauunternehmer, Aue.

Eine größere Anzahl Packerinnen,

tüchtige Werkzeug-Einspanner und Schlosser

in dauernde Stellung für sofort gesucht.

Excelsiorwerk A.-G.,

Löhnh, Erzgeb.

Consumverein Aue i. Erzgeb.

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag, den 27. Oktbr. 1918, nachm. 2½ Uhr im Saale des „Bürgergarten“ in Aue

ordentl. Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Geschäftsberichtes und der Jahresrechnung 1917/18, Genehmigung der Jahresrechnung und Entlastung der Verwaltung.
2. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung.
3. Vortrag des Berichtes über die am 12. und 13. September 1918 abgehaltene gesetzliche Revision.
4. Ergänzungswahlen für den Aufsichtsrat.
5. Geschäftliche Mitteilungen.

Der Zutritt ist nur gegen Vorlegung der Mitgliedskarte gestattet. Gleichzeitig werden die Mitglieder noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Bilanz in den Geschäftslokalen ausliegt.

Aue i. Erzgeb., den 17. Oktober 1918.

Consumverein Aue i. Erzgeb.

eingetr. Gen. m. beschr. Haftpflicht.

Der Aufsichtsrat: Paul Kurze, stellvert. Vorsitzender.

Apollo-Lichtspiele

AUE, Bahnhofstr. 17.

Heute Donnerstag z. letzten mal:

Um die Liebe des Dompteurs.

Große Zirkus-Attraktion in Sarassani.

Wenn 4 dasselbe tun.

Ein Liebes-Idyll beim Tanzstundenball.

Freitag bis Sonntag,

den 18. bis 20. Oktober:

Das Gewissen des Andern.

Schauspiel in 4 Akten.

Hauptdarst.: Martha Novelly, Bruno Decarli, Bruno Kastner, Theodor Loos.

Die feierliche Beisetzung des ermordeten Generalfeldmarschall v. Eichhorn in Berlin.

Die Schlangentänzerin.

Lustspiel in 3 Akten.

Einfache Preise.

Wochentags je 2 Vorstellungen, von 7—9, 9—11 Uhr.

Sonntags v. 2—7 Uhr für Kinder u. Jugendliche.

Höchstet ladet ein

Apollo-Lichtspiele Aue.

Junger Kaufmann, militär., an selbständiges Arbeiten gew. u. m. allen vork. kaufm. Arb. vertraut, sucht sofort oder später Stellung, ev. mit einigen 1000 Mk. Einlage. Angeb. unt. A. T. 4563 an die Geschäftsst. d. Bl.